



Schäuble, Merkel

DARCHINGER.COM

EURO-RETTUNG

Bundesregierung knickt ein

Im Konflikt um die Aufstockung des Euro-Rettungsschirms wollen Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) nachgeben. Nach Informationen aus Regierungskreisen werden sie sich nicht länger dem Wunsch der Partnerländer und des Internationalen Währungsfonds widersetzen, die Mittel des mit 440 Milliarden Euro ausgestatteten vorläufigen Rettungsschirms EFSF und seines dauerhaften Nachfolgers ESM zu kombinieren. Merkel und Schäuble vereinbarten eine gemeinsame Sprachregelung für den neuen Kurs: Beide Rettungseinrichtungen sollen für eine Übergangsfrist – wie es heißt – „operativ gehalten werden“. Damit steht einer Einigung mit den anderen Euro-Ländern am nächsten Wochenende beim informellen Finanzministertreffen nichts mehr im Weg.

Unklar bleibt, über wie viel Geld der aufgestockte Rettungsschirm verfügen wird. Im Gespräch sind zwei Varianten: Bei der ersten sollen zum vorgesehenen ESM-Volumen von 500

Milliarden Euro noch jene 200 Milliarden Euro hinzukommen, welche die EFSF bislang an Hilfen für Griechenland, Portugal und Irland verplant hat. Ursprünglich sollten sie mit den ESM-Mitteln verrechnet werden. Beim zweiten Modell kommen sogar Hilfsmittel in Höhe von 940 Milliarden Euro zusammen. Dabei laufen EFSF und ESM in vollem Umfang nebeneinander weiter. Entsprechend unterschiedlich fallen die Belastungen für Deutschland aus.

Im ersten Fall garantiert Deutschland etwa 280 Milliarden Euro, im zweiten rund 400 Milliarden Euro. Experten der Bundesregierung gehen davon aus, dass für beide Varianten eine neue Abstimmung im Parlament fällig wird. Der Bundestag hatte die deutsche Beteiligung bei 211 Milliarden Euro gedeckelt. Eine Erhöhung war vor allem für die CSU ein Problem. Parteichef Horst Seehofer hatte jedoch zuletzt erkennen lassen, dass er es akzeptieren würde, wenn beide Schirme eine Zeitlang parallel liefen.

SO ...

„Das Schlimmste ist vorüber.“

Mario Draghi, Chef der Europäischen Zentralbank, am 22. März in der „Bild“-Zeitung über die Wirtschafts- und Finanzkrise

... ODER SO

„Wir sind noch nicht aus der Krise heraus.“

Jürgen Stark, bis Ende 2011 Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, am 23. März im „Handelsblatt“

VERKEHR

Ramsauers Punkte-Flop

Die großangekündigte Reform des Flensburger Punktesystems ist offenbar weniger durchdacht als von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) versprochen. In einem Schreiben an die Verkehrspolitiker der Regierungsfractionen im Bundestag räumt die Ministeriumsspitze ein, dass die geplante Novelle erst nach der Bundestagswahl im Herbst 2013 in Kraft treten könne. Über wesentliche Fragen bestehe noch keine Einigkeit im Kabinett. So streitet Ramsauer mit

dem Umweltministerium, ob die Einfahrt in Umweltzonen von Großstädten ohne Berechtigungsplakette auch weiterhin mit Punkten bestraft werden soll. Außerdem gibt es Differenzen mit dem Justizministerium über die Obergrenze bei Verwarnungsgeldern. Das Justizressort will sie auf 65 Euro anheben. Ramsauer ist dagegen. Während über das Vorhaben noch verhandelt wird, hat der Minister bereits 5000 Exemplare für das geplante „Fahrerregister“ drucken lassen. „Noch ist nichts beschlossen, und trotzdem wird die Druckmaschine für eine teure Broschüre angeschmissen“, kritisiert der SPD-Verkehrsexperte Sören Bartol.